20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Wortprotokoll
der 54. Sitzung

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
Berlin, den 18. Oktober 2023, 16:30 Uhr
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin
Paul-Löbe-Haus E.200

Vorsitz: Sandra Weeser, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite 4**

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Potentiale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen

BT-Drucksache 20/6412

Federführend:
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Mitberatend:
Ausschuss für Inneres und Heimat
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Haushaltsausschuss

b) Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Dr. Marc Jongen, Sebastian Münzenmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt

BT-Drucksache 20/5618

Federführend:
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Mitberatend:
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales
Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	**Stellvertretende Mitglieder**
SPD	Cademartori Dujisin, Isabel Daldrup, Bernhard Diedenhofen, Martin Kühnert, Kevin Mascheck, Franziska Nickholz, Brian Schisanowski, Timo Tausend, Claudia Vontz, Emily Wegling, Melanie	Abdi, Sanae Heiligenstadt, Frauke Hubertz, Verena Hümpfer, Markus Klinck, Dr. Kristian Martin, Dorothee Müller, Bettina Rinkert, Daniel Schmidt, Uwe Töns, Markus
CDU/CSU	Breilmann, Michael Ferlemann, Enak Heil, Mechthild Kießling, Michael König, Anne Luczak, Dr. Jan-Marco Nicolaisen, Petra Rohwer, Lars Zeulner, Emmi	Hirte, Christian Kemmer, Ronja Knoerig, Axel Lange, Ulrich Magwas, Yvonne Rehbaum, Henning Wanderwitz, Marco Weisgerber, Dr. Anja Whittaker, Kai
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Liebert, Anja Otte, Karoline Schröder, Christina-Johanne Steinmüller, Hanna Taher Saleh, Kassem	Bayram, Canan Herrmann, Bernhard Mayer, Dr. Zoe Michaelsen, Swantje Henrike Spallek, Dr. Anne Monika
FDP	Boginski, Friedhelm Föst, Daniel Semet, Rainer Weeser, Sandra	Gerschau, Knut Hanke, Reginald Konrad, Carina Todtenhausen, Manfred
AfD	Bachmann, Carolin Beckamp, Roger Bernhard, Marc Münzenmaier, Sebastian	Bochmann, René Brandner, Stephan Dietz, Thomas Protschka, Stephan
DIE LINKE.	Hennig-Wellsow, Susanne Lay, Caren	Gohlke, Nicole Meiser, Pascal

Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung zum Thema „Smart Cities“,
Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf BT-Drucksache 20/6412
Antrag der Fraktion der AfD auf BT-Drucksache 20/5618
am Mittwoch, 18. Oktober 2023, 16:30 Uhr

PD Dr. Ariane Berger
Gesamtverantwortung Digitalisierungsstrategie, Rechtsfragen der Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau
Deutscher Landkreistag

Alexander Handschuh
Sprecher DStGB für Presse, Grundsatzfragen Digitalisierung, Neue Medien, Veranstaltungen
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Steffen Heß
Division Manager Digital Innovation & Smart City, Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE
Benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frauke Janßen
Leiterin des Büros des Hauptgeschäftsführers & Beauftragte für Digitalisierung
Deutscher Städtetag

Prof. Dr.-Ing. Jörg Noennig
Digital City Science, HafenCity Universität Hamburg
Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

Matthias Kammer
govdigital eG
Benannt durch die Fraktion der SPD

Walter Palmetshofer
Open Knowledge Foundation & Beirat des CityLAB Berlin
Benannt durch die Fraktion DIE LINKE.

Michael Pfefferle
Bereichsleiter Smart City & Mobility, Bitkom e. V.
Benannt durch die Fraktion der FDP

Prof. Dr. Gesa Ziemer
Direktorin des City Science Labs, HafenCity Universität Hamburg
Benannt durch die Fraktion der SPD

Dr. Tilman Zimmermann-Werner
Sächsische Energieagentur – SAENE GmbH
Benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

Einziger Tagesordnungspunkt

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Potentiale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen

BT-Drucksache 20/6412

b) Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Dr. Marc Jongen, Sebastian Münzenmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt

BT-Drucksache 20/5618

Hierzu wurde verteilt:

20(24)188-A	Stellungnahme
20(24)188-B	Stellungnahme
20(24)188-C	Stellungnahme
20(24)188-D	Stellungnahme
20(24)188-E	Stellungnahme
20(24)188-F	Stellungnahme
20(24)188-G	Stellungnahme
20(24)188-H	Stellungnahme
20(24)188-I	Stellungnahme

Die **Vorsitzende:** Ich starte in die öffentliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU CSU Potenziale der Digitalisierung schon jetzt nutzen - Smart Cities und Smarte.Land.Regionen voranbringen unter der Drucksache 20/6412 und zum Antrag der Fraktion der AfD, Nationaler Aktionsplan zur Intelligenten Stadt, unter Drucksache 20/5618.

Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, meine Damen und Herren, vor allem die Damen und Herren Experten. Sie haben eben schon mitbekommen, wir sind so ein bisschen auf dem Sprung, weil für 17:10 Uhr eine namentliche Abstimmung angesagt wurde, die ist jetzt gerade noch mal mit Fragezeichen versehen. Es kann sein, dass sich das nach hinten verschiebt. Wir verfolgen das weiter.

Nichtsdestotrotz, ich weiß nicht, ob die Nachricht schon weitergegeben wurde: Es wäre schön, wenn Sie sich in Ihren Eingangsstatements auf zwei Minuten begrenzen würden, dann wären wir um 17:00 Uhr mit den Eingangsstatements durch und könnten dann kurz unterbrechen, die Abstimmung machen, kommen dann wieder und dann geht es mit den Frage- und Antwortrunden los. Sollte sich das alles nach hinten verschieben, dann haben wir einfach ein paar Minuten gewonnen. Insofern wäre ich Ihnen da sehr dankbar.

Ich begrüße auch Frau Mitterhuber vom BMWSB. Unsere Parlamentarische Staatssekretärin ist ein paar Minuten verspätet, das soll uns aber nicht daran hindern, jetzt schon mal anzufangen.

Ich möchte noch einen Hinweis oben auf die Tribüne geben: Es ist auch in einer öffentlichen Anhörung nicht gestattet, Bilder zu machen. Insofern würde ich bitten, das einzustellen. Wunderbar.

Dann würde ich auf die Stellungnahmen hinweisen. Ich danke Ihnen sehr. Die sind eingereicht worden bei uns unter den Ausschussdrucksachen 20(24)188-A bis 188-K und sind auch auf der Webseite unter www.bundestag.de/bau veröffentlicht.

Wir starten dann in entsprechend alphabetischer Reihenfolge und ich möchte Sie recht herzlich begrüßen. Ich würde sagen, ich begrüße jedes Mal, wenn ich Sie aufrufe, und zwar Frau Dr. Ariane Berger, Leiterin Digitalisierung, Deutscher Landkreistag. Herzlich willkommen und Sie dürfen starten. Die Uhr läuft übrigens oben mit, falls das noch nicht gesehen worden ist. Dankeschön.

Dr. Ariane Berger (DLT): Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete.

Die Potenziale der Digitalisierung können nur genutzt werden, wenn digitale Services, deren Entwicklung von der öffentlichen Hand finanziert wurde, allen Kommunen flächendeckend zur Verfügung stehen. In keinem der Digitalisierungsprojekte der öffentlichen Hand ist es allerdings bislang gelungen, eine derartige Nachnutzung sicherzustellen. Die Nachnutzung scheitert häufig, bereits rein technisch, an der fehlenden Standardisierung dieser Services. Der Betrieb einer Nachnutzungsplattform ist jedenfalls in den ersten Jahren kein sich selbst tragendes Geschäftsmodell und die Kommunen selbst verfügen nicht über die finanziellen Mittel zum Betrieb einer solchen Nachnutzungsplattform. Diese Erfahrungen sehen sich auch im Bereich der Förderprogramme Smart Cities und Smarte.Land.Regionen bestätigt. Dies alles legt den Schluss nahe, dass das bisherige Design der Förderprogramme und Projekte nicht zum Bedarf der kommunalen Ebene passt. Um die Wirksamkeit seiner Digitalisierungsprojekte zu erhöhen, sollte der Bund einen sehr viel stärkeren Fokus auf digitale Infrastruktur legen, eine ressortübergreifende Steuerung dieser Projekte einrichten und die Kommunen bei der Nachnutzung begleitend unterstützen.

Dies bedeutet im Einzelnen, erstens, den Fokus auf digitale Infrastruktur legen. Förderprogramme der Zukunft müssen in einem höheren Maß als bisher Standards und Strukturen für die Nachnutzung definieren. Das heißt insbesondere auch weniger digitale Einzelanwendungen und mehr Infrastruktur wie Plattformen und Rechenzentrumsunterstützungen zu fördern.

Eine solche Förderung darf, zweitens, nicht in verschiedenen Ressorts verteilt betrieben werden, sondern ist ressortübergreifend abzustimmen und auch zu steuern. Die Kommunen benötigen, drittens, vom Bund eine begleitende Unterstützung bei der Nachnutzung digitaler Services. Dies beinhaltet zum einen ein Informationsportal, welches vom Bund in den einzelnen Ressorts geförderte digitale Services beschreibt. Zum anderen sollten die vertraglichen Vergabe und datenschutzrechtlichen Voraussetzungen sowie Fragen der Informationssicherheit, die alle Kommunen betreffen, in Leitfäden und Handreichungen geklärt und den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Die **Vorsitzende:** Frau Berger, schauen Sie auf die Uhr.

Dr. Ariane Berger (DLT): Die ressortübergreifende Steuerung und begleitende Unterstützung könnte in einem solchen Smart City Kompetenzzentrum anheimgestellt werden. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Ich begrüße Herrn Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Ihr Intro, bitte.

Alexander Handschuh (DStGB): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ganz herzlichen Dank für die Einladung.

Smart Cities und Smarte.Land.Regionen können nur gut gelingen, wenn für alle Kommunen zwei sie beeinträchtigende Faktoren berücksichtigt werden und sie Unterstützung durch Bund und Länder erfahren. Faktor eins ist der Faktor Innovationsgeschwindigkeit. Wir haben es mit sehr kurzen Innovationszyklen zu tun. Das heißt, die technischen Werkzeuge, die wir in Kommunen einsetzen, müssen in relativ kurzer Zeit nutzbar sein.

Faktor zwei ist die sehr große Heterogenität der Kommunen von Großstädten bis zu ganz kleinen Gemeinden, 11 000 insgesamt in Deutschland. Daraus folgt, dass wir einen Beratungs- und Unterstützungsbedarf haben der aus unserer Sicht ideal von einem Kompetenzzentrum Smart Cities und Smarte.Land.Regionen abgebildet werden kann. Dieses Kompetenzzentrum sollte in Grundzügen folgende Dinge leisten: Eine Erstberatung der Kommunen mit Blick auf Technik, auf Beschaffungsmöglichkeiten und auf Implementierung der Lösung. Eine Vernetzung der Kommunen und einen Wissenstransfer leisten und die Definition, Kontrolle und Nachvollziehbarkeit von Basisanforderungen an digitale Lösungen gewährleisten. Dazu gehören beispielsweise Datenschutz, Datensicherheit offene Schnittstellen und Interoperabilitätsstandards. Dieses Kompetenzzentrum sollte auch den Einsatz von Lösungen sicherstellen, die kombinierbar und skalierbar sind, ohne notwendigerweise bereits ein abgeschlossenes Konzept für Smart Cities zu haben. Klar ist aus unserer Sicht auch, dass wir Smart Cities zwar mit Anforderungen versehen müssen, aber nicht am Markt vorbei entwickeln können. Das heißt, nur aus dem öffentlichen Sektor entwickelte Lösungen alleine werden nicht ausreichen, um es in Deutschland sinnvoll zu implementieren. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Das war eine Punktlandung. Herzlichen Dank.

Ich begrüße Herrn Steffen Heß, Division Manager beim Fraunhofer Institut für Experimentelle Software Engineering. Herr Heß, bitte schön.

Steffen Heß (IESE): Dankeschön, Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren.

In den letzten Jahren wurden viele Fördervorhaben auf Bund und Länderebene in der Domäne Smart City und Smarte.Land.Regionen durchgeführt und zweifelsohne müssen deren Ergebnisse viel stärker und auch gebündelter sichtbar gemacht werden. Darüber hinaus sollte man in der Zukunft diese Fördervorhaben stärker koordinieren und in ein Fördersystem Smart City und Smarte.Land.Regionen aus Bund und Ländern einbringen. Künftige Förderung beziehungsweise Modellprojekte sollten auf der einen Seite die Diffusion von Lösungen berücksichtigen, also etablierte Lösungen in die Breite bringen. Auf der anderen Seite sollten sich Modellprojekte künftig auf echte Zukunftsthemen fokussieren, also Themen wie KI in der Kommune oder entsprechende Public Private Partnerships et cetera zum Fokus nehmen. Es besteht so die Chance, echte Reallabore aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden zu etablieren und auch zu fördern. Diese Satelliten können auch ein Smart City Kompetenzzentrum mit Inhalten füt-

tern. Die zeitnahe Vorlage des Smart City Stufenplans ist aus meiner Sicht absolut zu begrüßen. Man sollte sich auf konkrete Inhalte fokussieren, auf eine interaktive Erstellung, die auch früh umsetzbare Dinge zeigt. Das Smart City Kompetenzzentrum, wenn man es denn einführt, sollte einen klar definierten Auftrag haben. Es sollte eine agile

Einheit meiner Meinung nach sein, die so viele Ressourcen wie nötig, aber auch so wenige wie irgendwie möglich hat, um insbesondere diese koordinierende Stelle einzunehmen.

Im Sinne des oft diskutierten Marktplatzes kann man sich da auch eine kuratierende Funktion vorstellen. Es ist jedoch stets darauf zu achten, dass existierende Angebote sinnvoll berücksichtigt werden müssen. Die Stadtregion muss endlich als interoperables System der Systeme verstanden werden. Dies umfasst technische, menschliche und wirtschaftliche Systeme im digital gestützten Ökosystem Stadt und Region. Dankeschön.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Ich begrüße Frau Frauke Janßen vom Deutschen Städtetag. Sie haben das Wort.

Frauke Janßen (DST): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete.

Ich kann an vieles anknüpfen, und deswegen möchte ich nur zwei Dinge herausstellen. Einmal das Thema Ausgestaltung von Förderprogrammen und einmal das Thema urbane Datenplattformen.

Aus unserer Sicht haben wir zu viele Reibungsverluste und Doppelarbeiten, es braucht einen integrierten Förderansatz. In einem integrierten Entwicklungskonzept sollten Maßnahmen nicht mehr nach Ministerien oder Förderprogrammen, sondern thematisch beantragt werden können. Vernetzung und Nachnutzung muss konsequent von Anfang an mitgedacht werden.

Das wurde auch schon angesprochen: Eine konkrete Umsetzung muss gewährleistet werden, dass ist oft die Abbruchkante. Zum Beispiel beim Thema Open Source sollte das nicht nur festgeschrieben werden, sondern der Einsatz direkt mit einem Lizenzbetriebs- und Organisationsmodell hinterlegt werden. Daten sind die Achillesferse von smarten Städten. Deswegen bauen viele Städte urbane Datenplattformen auf oder haben diese bereits. Es werden derzeit also technologische Richtungsentscheidungen getroffen, und aus unserer Sicht fehlt es dabei an Transparenz und auch an Koordinierung. Also wer baut eigentlich gerade was auf mit wem? Und wie sind die technischen Spezifikationen? Wir wünschen uns daher, dass der Bund dort mehr steuert. Auch zum Beispiel, damit Städte mit vorhandenen Infrastrukturen diese auch anderen Kommunen zur Mitnutzung zur Verfügung stellen können.

Einheitliche Standards, das wurde gerade schon gesagt, spielen eine enorm große Rolle. Und als letztes, wir glauben, dass die KTS, also die Koordinierungs- und Transferstelle, hier einen wichtigen Beitrag leisten könnte, weil sie einerseits bereits einen Überblick über die Modellprojekte hat und weil sie auch ressourcenmäßig recht gut ausgestattet ist. Vielen Dank!

Die **Vorsitzende:** Danke auch. Als nächstes erteile ich das Wort Herrn Matthias Kammer von govdigital.

Matthias Kammer (govdigital eG): Meine Damen und Herren, Frau Vorsitzende govdigital, wie es vorne steht, finde ich eine gute Idee, aber Sie haben Recht, govdigital heißt die Organisation.

Ich möchte mich gerne auf das Thema, wie kann man Software, die in Projekten entsteht, die jetzt unterwegs sind, wie kann man die zur Nachnutzung auf die Reihe bringen, konzentrieren. Die werden ja nicht gestaltet und entwickelt, um sie in der breiten Fläche einzusetzen, sondern meistens eben in der Kommune entwickelt und mit beteiligten Firmen, damit man es dort dann ausprobieren und einsetzen kann. Das ist ja auch schon gesagt worden. Ich bin sehr dafür, dass wir vor allem darauf achten, dass für die Nachnutzung von solcher Software an der vorhandenen Infrastruktur angeknüpft wird, bevor wir viele neue dafür suchen. Es gibt sehr viele kommunale Dienstleister, die die Kommunen haben, die aber meistens an solchen Projekten noch nicht so richtig beteiligt sind. An einem Beispiel habe ich das in meiner Stellungnahme beschrieben, wie es gerade geschieht. Es spricht vieles dafür, dass man in den Regionen dafür sorgt und daran arbeitet, dass diese Softwareentwicklungen, die da entstanden sind, zu Produkten werden, die dann auch von jemandem, der dafür die Verantwortung übernimmt, und das können diese Dienstleister sein, vermarktet werden, vertrieben werden, zur Verfügung gestellt werden, in anderen Kommunen. Mit der govdigital gibt es hier eine ganz wesentliche Verbindung, wir haben dieses Unternehmen Ende 2019 gegründet. Das ist ein Zusammenschluss von vielen kommunalen Dienstleistern und

auch Landesdienstleistern, die es möglich macht, dass innerhalb dieses Verbundes, und das ist im kommunalen Bereich, immerhin mittlerweile eine Reichweite von 80 Prozent in Deutschland, dieser Leistungsaustausch für Software möglich ist, ohne dass sich die Kommunen jeweils europaweit suchen müssen, weil das eine Inhouse-Organisation ist, in der diese Leistungen ausgetauscht werden können. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Auch eine Punktlandung. Dankeschön.

Als nächstes begrüße ich Herrn Professor Noennig von Digital City Science, HafenCity Universität Hamburg. Sie haben das Wort.

Prof. Dr.-Ing. Jörg Noennig (HCU): Vielen Dank.

Für einen Hammer ist alles ein Nagel, für einen Professor ist alles Forschung, Lehre und Transfer, also Blick aus der Wissenschaft.

Seit 500 Jahren gibt es eine Planungswissenschaft für Architektur und Städte. Seit 100 Jahren ungefähr gibt es eine Wissenschaft für Informatik, Computer Science, und vielleicht seit 20 oder 50 Jahren eine Data Science, also die Wissenschaft, wie Daten wertschöpfend gesammelt, umgesetzt, analysiert und in Wert gesetzt werden. Es gibt noch keine Smart City Science. Wir wissen noch nicht so richtig, wie digitale Städte funktionieren und wie sie zu gestalten sind. Was grundsätzlich fehlt, ist ein fundamentales Verständnis dafür, wie Daten in Wert gesetzt werden, wie in die integrierte Stadtentwicklung die digitalen urbanen Systeme integriert werden und welche Langzeitwirkung und Effekte eigentlich die digitale Transformation im urbanen Kontext mit sich bringt.

Stellen Sie sich vor, wir wüssten nicht, wie Flugzeuge fliegen, wie sie gebaut sind, ob sie funktionieren. Wir steigen ein, geben Gas und fliegen los. Dasselbe machen wir mit digitalen Städten. Wir sind drin, wir leben in ihnen, aber wir haben keinen Smart City Führerschein. In den Modellprojekten wird jetzt sehr viel Wissen entstehen, sehr viele Erfahrungen zusammenkommen, aber es ist nicht die Aufgabe der Kommune, das Wissen zu generieren, zu konsolidieren und das dann auszubilden, sondern das ist Aufgabe der Wissenschaft. Damit das gelingt, ist auch Grundlagenforschung notwendig. Wir müssen also verstehen, wie die digitalen Städte in ihrer Basis, in ihren Grundlagen, funktionieren. Wir müssen diese Grundlagen übertragbar machen in die Planungsrealität, in die Anwendbarkeit, um dann den vielen digitalen Städten, den Follower-Städten, die jetzt auf die Modellstädte folgen, tatsächlich dann auch mit kompetenten Expertinnen und Experten ausrüsten und ausbilden zu können. Das sollten die nicht ohne Fleiß in laufenden Projekten tun, sondern wir müssen da wissenschaftlich Grundlagen bieten. Wenn wir das tun, haben wir schon eine fantastische Gelegenheit, uns dann auch an die Spitze einer Wissensbewegung zu setzen, wie das schon einmal erfolgreich in Deutschland der Fall war mit der digitalen Logistik und Industrie 4.0.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Als nächstes spricht Herr Walter Palmetshofer, Open Knowledge Foundation und Beirat des CityLAB in Berlin. Bitte schön.

Walter Palmetshofer (CityLAB): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte auch anknüpfen an ein paar Themen und ich finde Open Source, Interoperabilität oder offene Daten sind gesetzt.

Dann möchte ich in dem Vortrag anmerken, in den Unterlagen war was zum Breitbandausbau. Wieso Erwähne ich das? Bei Breitbandausbau 1981 hätten wir Glasfaser haben können. Wir haben Kabelfernsehen bekommen und das zeigt, was Infrastruktur bewirkt über Jahrzehnte. Bei Smart City sollten wir das mitdenken und von einem Bild wegkommen, das eher technisch ist. Was jetzt Firmen suggeriert haben: Man kann die Stadt selber über den Tisch ansteuern zum Bild hin, wo es darum geht, dass der Mensch eine Rolle spielt. Und zwar sage ich immer dann Smart City – ich bevorzuge immer meine Stadt ist nicht deppert – das ist österreichisch für blöd, weil ich davon ausgehe, dass die Bürger der Stadt was zurückgeben können. Smart im Englischen kommt vom Smarten, und das bedeutet Schmerz. Von daher würde ich sagen, man soll versuchen, die Bürger mitzunehmen, im Consulting-Sprechen heißt das dann, an der Data Value Chain entlang im Discovery Process neue Sachen lernen für Anbieter und Kunden. Das heißt, wir generieren Daten in der Smart City, machen Wissen daraus und haben im Idealfall Entscheidungen. Diese Entscheidungen sollten transparent getroffen werden, gemeinsam und souverän, und um die Souveränität geht uns der ganze Tech Stack ab, der auch jahrelang verschlafen worden ist. Das heißt, wir könnten anstatt zu einer Black Box zu einer White Box kommen. Weil der Begriff GPT und bei

AI das gleiche ist, wo ist das Vertrauen? Wie kann man das auch wiederherstellen? Wäre dann die Stadt quasi Channel Purpose Trust? Damit man dahin kommt, brauchen wir aber etliche andere Layer darunter, die halt so was sind wie Transparenz, Informationsfreiheit, Bildung, Mitarbeiter/-innen in den Verwaltungen, die überhaupt das Digitale tragen können, weil die gehen uns ab. Wir haben ein massives Leck an Personen, die die Städte vorantreiben können, wo die Städte das brauchen, weil das die Kerninfrastruktur ist, Hardware, Software und Menschen.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Herr Michael Pfefferle, herzlich willkommen. Sie sind Bereichsleiter Smart City & Mobility bei Bitkom. Sie haben das Wort.

Michael Pfefferle (Smart City & Mobility, Bitkom e. V.): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für die Einladung.

Gerne möchte ich zu Beginn zwei Punkte hervorheben, die für Deutschlands Weg zu digitalen Städten und Regionen essenziell sind. Zum ersten gibt es in Deutschland immer noch keinen funktionierenden Plan für die flächendeckende Digitalisierung von Kommunen. Der von der Bundesregierung nun initiierte Stufenplan und sein Gremium aus Bund, Ländern und Kommunen sowie der Digitalwirtschaft sind daher eine bisher einmalige und große Chance. Wir begrüßen im Besonderen, dass der Stufenplan sich das entscheidende Thema der Skalierung auf die Agenda setzt. Bisher gilt bei der Förderung smarter Städte das Prinzip der Spitzenförderung. Wenige Kommunen werden durch mehrere Förderprogramme von Bund und Ländern gefördert. Der Großteil der Kommunen und Landkreise geht damit leer aus beziehungsweise die Bürgerinnen und Bürger profitieren davon nicht.

Aus unserer Sicht ist der Stufenplan nur dann ein Erfolg, wenn seine Empfehlungen und Beschlüsse nachhaltig zur Skalierung, also zum Roll out, mal technisch gesprochen, in der Fläche beitragen. Voraussetzung dafür ist, dass das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen dem Stufenplan-Gremium zeitnah die relevantesten Erkenntnisse aus den Modellprojekten Smart City vorlegt. Beispielhaft nenne ich nur drei Punkte: Welche Technologien oder Lösungen konnten die MPSC wirklich skalieren? Welche Datenstandards, Schnittstellen und Architekturmodelle haben sich bei den MPSC wirklich bewährt? Welche Kooperationen und Strukturen haben zu Geschäftsmodellen geführt oder auch zu einer Fortführung ohne Förderung?

Bundesweit verwenden Kommunen erfolgreich Open Source Anwendungen. Die Modellprojekte zeigen jedoch deutlich, dass Open Source nicht automatisch zur stärken Skalierung führt. Open Source Lösungen sind nur ein Teil des Marktangebotes und keine Voraussetzung für die flächendeckende Digitalisierung in Deutschland. Relevant für den Stufenplan ist daher, dass Kommunen grundsätzlich die Wahlfreiheit haben, sich zwischen Softwarelizenzen zu entscheiden.

Skalierung, und damit komme ich zu meinem zweiten und letzten Punkt, wird im Besonderen durch Tempo definiert. Das gelingt aber nur, wenn Bund und Länder nicht mehr die Neuentwicklung bereits bestehender Lösungen fordern. Im Fokus der Finanzierung muss die Wiederverwendung von etablierten und marktfähigen Lösungen stehen. Statt Förderwettbewerb zwischen Kommunen braucht es durch Bund und Länder neue Formen der Dauerfinanzierung. Denn digitale Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Herzlichen Dank.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Als Nächstes erteile ich das Wort Frau Professor Gesa Ziemer. Sie sind Direktorin des City Science Labs. Auch von der HafenCity Universität in Hamburg. Bitteschön.

Prof. Dr. Gesa Ziemer (HCU): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ich versuche so praktisch wie möglich aus meiner Arbeit zu berichten.

Wir arbeiten mit diesen MPSC-Städten. Die erste Sache: Ich plädiere für eine offene Haltung, für Experimentier- und Lernfreude. Ich erlebe immer wieder, dass die Städte zu uns ins Lab kommen, sich die Sachen angucken, extrem motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Werk sind, und dann gehen sie wieder zurück in ihre Kommunen. Dann haben sie da Vergaberecht, Hierarchien, das dauert alles viel zu lange, und das motiviert nicht, um zu experimentieren, um offen und angstfrei zu arbeiten. Also lautet das Stichwort: Veränderung dieser Prozesse und vielleicht auch Veränderung des Vergaberechts. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt. Wir können im Moment kaum konkurrenzfähig arbeiten mit der IT-Industrie. Es fällt uns sehr schwer überhaupt noch Programmierer und Programmiererinnen zu bekommen. Das geht den

Städten ganz genauso. Wir orientieren uns am öffentlichen Dienst. Das ist ein Riesenproblem, weil die natürlich alle in der Wirtschaft viel mehr verdienen. Das muss angepasst werden!

Das Thema Daten wurde schon besprochen. Ich bin auch sehr dafür, die Geodateninfrastrukturen der Städte zu verbessern. Wir erleben das immer wieder, dass wir in Städte kommen, da sind zwar viele Daten, die liegen aber relativ unstrukturiert nebeneinander. Ich hatte als Best Practice einmal das Hamburger Masterportal erwähnt. 42 Städte haben sich angeschlossen. Das ist eine gemeinnützige, freiwillige Best Practice Bewegung, die wunderbar funktioniert. Und wenn wir uns die MPSC-Städte jetzt anschauen, müssen wir uns angucken, wo ist schon was Gutes entwickelt worden. Wir müssen diese Transfer Organisation fördern, denn wenn das nicht passiert, dann wird das brachliegen. Wenn die Förderung zu Ende ist.

Die Arbeit an dem Stufenplan hat begonnen, das ist gut. Ich denke tatsächlich auch, dass es so eine Aktionsgruppe Zukunft bräuchte, in der wir uns über Benchmarks austauschen. Was wollen wir eigentlich? Wo wollen wir eigentlich hin? Und wir müssen uns auch unbedingt mit internationalen Guidelines auseinandersetzen. Die UN-Habitat in Nairobi erarbeitet gerade die People-Centred Smart Cities Guidelines. Deutschland ist auch daran beteiligt, und dieser Prozess müsste dringend mit dem Bundesprozess, und wenn möglich auch mit den Länderprozessen koordiniert werden, dass wir da nicht unterschiedliche Guidelines erarbeiten. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende:** Ich danke Ihnen. Der letzte Sachverständige ist uns online zugeschaltet. Dr. Tilman Zimmermann-Werner. Er ist von der Sächsischen Energieagentur. Sie haben das Wort.

Dr. Tilman Zimmermann-Werner (SAENA): Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Vorsitzende und sehr geehrte Damen und Herren.

Die Regional- und Landesenergieagenturen haben bereits sehr konkreten Kontakt und Zugang zu einer Vielzahl von relevanten Akteuren, die auch beim Thema Smart City mit involviert sind. Wir haben auch sehr gute inhaltliche Anknüpfungspunkte bundesweit. Das sind bei den Themen beispielsweise kommunale Wärmeplanung, Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien oder die nachhaltige Mobilität. Hier kann man fachlich ansetzen, um durch die Verbindung von Wohnen und Mobilität und auch dem Denken in Quartieren zu entsprechenden Synergien zu kommen, um das dann auch inhaltlich in Richtung der Komplexität einer

Smart City weiter zu entwickeln. Es gibt bereits bewährte Zusammenarbeit, bundesweit, zwischen den Energieagenturen bei verschiedenen Themen, aber auch zusammen mit der deutschen Energieagentur (dena). Das heißt, hier bestehen schon Strukturen die man gut nutzen kann. Vor der Schaffung neuer Strukturen und Netzwerke sollte daher geprüft werden, ob bewährte Akteure und Formate nicht thematisch erweitert und gestärkt werden können.

Aus unserer Sicht spielt bei Smart City auch die Akzeptanz eine sehr große Rolle. Denn Vertrauen, Transparenz und ein klares Erwartungsmanagement sind die Grundlage, um das technisch Mögliche in das real Machbare zu überführen. Hier sammeln die Energieagenturen schon auf anderen Themenbereichen umfangreiche Erfahrung. Ich nenne nur den Ausbau der Windkraft oder auch Testfelder für intelligente Verkehrssysteme, wo wir uns auch den kritischen Fragen der Bevölkerung stellen und entsprechend transparent Information und Beratung anbieten. Aus unserer Sicht sollte da angeknüpft werden und wir können uns gut vorstellen, dass wir hier, insbesondere die Kommunen in ihrer Rolle als Vorbilder, Netze und Akteure noch stärker unterstützen können, um dann auch besonders außerhalb von Ballungszentren über Best Practice und Verbreitung entsprechend aufbereiteter Informationen zu einer Verbreitung von Informationen beizutragen. Das war's.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Erst mal eine kurze Information. Die namentliche Abstimmung ist jetzt für 17:41 Uhr angesetzt. Das heißt, wir haben eine Frage- und Antwortrunde, die wir jetzt zwischenschalten können, mit der wir auch direkt starten. Wir haben fünf Minuten für Frage und Antwort. Das heißt, je kürzer die Frage, desto mehr Zeit bleibt für die Antwort. Die Zeit läuft wie gewohnt oben im Display mit. Ich erteile jetzt das Wort Herrn Rohwer von der CDU/CSU.

Abg. Lars Rohwer (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich steige gerne ein und bedanke mich ganz herzlich bei den Damen und Herren Sachverständigen für die einführenden Statements.

Ich möchte mit Herrn Pfefferle anfangen. Sie haben den Stufenplan, der offensichtlich in Arbeit ist, angesprochen. Unser Antrag scheint gewirkt zu haben, dass das jetzt in Arbeit ist. Ich möchte Sie

fragen, gab es bisher überhaupt eine Evaluation, damit wir dann jetzt auch einen Stufenplan auf dieser Basis machen können?

Sie kritisieren, dass Synergieeffekte zu wenig genutzt werden. Wie könnten diese denn besser genutzt werden? Welche Maßnahmen müsste der Bund ergreifen?

Herrn Professor Noennig würde ich gerne gleich noch im Anschluss fragen. Sie sehen den größten Investitionsbedarf, wenn ich Sie richtig verstanden habe, im Smart City Bereich. Aber wie könnte man das konkret auch wirklich umsetzen?

Die **Vorsitzende:** Herr Pfefferle, zuerst.

Michael Pfefferle (Smart City & Mobility, Bitkom e. V.): Vielen Dank, Herr Rohwer, für die Frage.

Zum Thema Stufenplan gab es eine Evaluation. Ich habe Sie jetzt so verstanden, eine Evaluation der MPSC, die in den Stufenplan einfließt. Wir hatten bisher eine Sitzung im Rahmen der Arbeitsgruppe des Bundesbauministeriums, der ich angehöre. Dort war es so noch nicht der Fall, dass es beispielsweise einen Vortrag der KTS, der Koordinierungs- und Transferstelle des Bundes, gab, wo es zum Beispiel zu einer Darlegung einer Evaluation kam. Deshalb haben wir auch bei uns im Verband, mit unseren Mitgliedern, diese Idee entwickelt, beziehungsweise diese Forderung, dass es eigentlich ganz klare technische Fragen gibt, die man an die KTS aber auch an die MPSC richten muss, wenn man mit einer gewissen Bottom-Line und einem gemeinsamen Verständnis in die Weiterentwicklung eines Stufenplans einsteigt. Das war der erste Punkt.

Ich würde auch gleich auf Ihre zweite Frage eingehen: Wo kann man Synergien schaffen? Wir sehen ja in den letzten Wochen, in den letzten Monaten, aber auch zwei Jahren, dass der Bund, aber auch die Länder, einzelne Initiativen gestartet haben, zum Beispiel für Marktplätze oder für Best Practice Datenbanken. Wir sehen immer wieder, dass zum Beispiel auch der Freistaat Sachsen im letzten Jahr so eine Datenbank gestartet hat, aber ohne auf den Erkenntnissen des Bundes aufzubauen. Andersherum wiederum hat der Bund nicht die Erkenntnisse der Länder dazu verwendet. Im Ergebnis bedeutet es, dass eine Kommune mittlerweile unzählige Anlaufstellen hat, an die sie sich wenden kann oder muss. Wenn sie wirklich die große Informationsfülle erreichen möchte, die es in Deutschland mittlerweile gibt.

Die **Vorsitzende:** Herr Professor Noennig, bitte.

Prof. Dr.-Ing. Jörg Noennig (HCU): Sie hatten nach Investitionen in Smart Cities gefragt. Mein Punkt war, dass Investitionen in die Forschung oder in die Wissenschaft zu Smart Cities notwendig sind. Ich glaube, es gibt sehr viele Investitionen aus der öffentlichen Hand und auch aus der Industrie in Smart Cities. Die Technologien blühen. Wir wissen nur nicht, in welche Richtung sie blühen.

Neben der anwendungsorientierten Grundlagenforschung, die ich versucht hatte, hier kurz zu propagieren, ist ein zweiter großer Bedarf sicherlich das Zurückspielen von, in den Modellprojekten, entdeckten Innovations- und Entwicklungsbedarf, zurück in die Forschung, die dann in welcher Art auch immer in einer Innovationspipeline eingespielt werden, in Gründungsaktivitäten soziale oder technische Startups, die dann nach einem gewissen Zeitverzug, auch wieder in der Wirklichkeit, in der Planungs- und Anwendungswirklichkeit der digitalen Städte ankommen können. Da fehlt eine Art Transfer- und Innovations-Outlet aus den Modellprojekten Smart Cities in die Forschung, wo dann mit Zeitverzug wieder zurück.

Die **Vorsitzende:** Haben Sie eine Rückfrage, Herr Rohwer?

Abg. Lars Rohwer (CDU/CSU): Ich hätte keine Rückfrage, aber da wir noch Zeit haben, würde ich Herrn Zimmermann-Werner eine Frage stellen. Sie haben kurz darauf hingewiesen, dass das Thema Wärmeplanung bei Ihnen auch schon aufgelaufen ist. Wir haben am Montag, hier in diesem Ausschuss, auch eine Anhörung zur Wärmeplanung gehabt. Können Sie uns noch mal kurz schildern, welche Schnittpunkte zwischen der kommunalen Wärmeplanung und dem Smart City Bereich Sie sehen?

Die **Vorsitzende:** Sie haben eine Minute

Dr. Tilman Zimmermann-Werner (SAENA): Vielen Dank für die Frage. Innerhalb der kommunalen Wärmeplanung wird eine Vielzahl von Daten erhoben werden, die intelligent ausgewertet werden könnten, um zur Optimierung in der Wärmeversorgung zu kommen und Potenziale, Synergien zu heben, bis hin auch zum Thema der Klimatisierung, um zu sehen, wo beispielsweise saisonal Speicher eingesetzt werden könnten, miteinander vernetzt werden, um zu hochenergieeffizienten, wirklich auch smarten Lösungen zu kommen, im Wärmebereich. Die gibt es nämlich bisher nur sehr begrenzt.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Ich erteile Frau Vontz das Wort, bitte.

Abg. Emily Vontz (SPD): Erst mal auch von mir vielen Dank an alle, für die detaillierten und umfangreichen Ausführungen.

Frau Ziemer, ich würde Ihnen gerne meine erste Frage stellen. Sie sagten in einem Interview mit dem polis – Magazin, dass die Stadtentwicklung der Zukunft auf Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung angewiesen ist, und dass sie sich generell wünschen, dass die Arbeit noch dialogorientierter wird. Es gab ja jetzt bereits Beteiligungsprozesse und da würde ich Sie gerne fragen, ob Sie die noch einmal kurz skizzieren könnten, wie die bisher liefen, welche Lehren Sie daraus ziehen, und ob Sie in dem Zusammenhang auch noch mal konkrete Wünsche an den Bund haben, um die Dialoge in Stadtentwicklungsprozessen zu verbessern und auch so die Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung zu verbessern.

Die **Vorsitzende:** Frau Professor Ziemer, bitte.

Prof. Dr. Gesa Ziemer (HCU): Vielen Dank für die Frage. In der Tat, wir haben viel Erfahrung im Thema Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung mit Software. Wir haben selber eine Software mitprogrammiert, die heißt IPAS, die jetzt auch gerade in Deutschland ausgerollt wird. Alle Masterportalstädte können diese IPAS-Software benutzen. Das ist so ein gutes Beispiel für diese Interoperabilität, die wir unbedingt brauchen. Jedes Stadtentwicklungsprojekt läuft bei uns durch eine Bürgerbeteiligung und ich glaube, in vielen anderen Städten in Deutschland, nicht nur in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt. Das Thema wird deutlich zunehmen. Jede demokratische Regierung braucht solche Tools, und in der Wissenschaft können wir sagen, früher haben wir die Bürger und Bürgerinnen informiert, und heute gehen wir immer mehr in Richtung Co-Kreation, dass wir tatsächlich richtig aktiv öffentliche Plätze gemeinsam gestalten, was auch immer gerade das Thema ist. Da bemerken wir ein extrem hohes Engagement in der Zivilgesellschaft, dass wir auf jeden Fall stärken sollten.

Ein anderes Thema ist vielleicht auch noch die Stakeholder Beteiligung. Wir arbeiten sehr viel mit verschiedenen Behörden zusammen. Bei den Themen Wärmeplanung, Windkraftplanung, dazu wurden hier schon so ein paar Wörter gesagt, dass es auch oft darum geht, die Behörden interdisziplinär zusammenzubringen. Die Finanzbehörde mit der Sozialbehörde, die mit der Stadtentwicklungsbehörde, und das erzeugt auch einen riesengroßen Benefit. Das kann man datenhinterlegt, auch sehr gut machen, indem man Dinge mapped, indem man interaktive Tools baut, damit die Leute miteinander sprechen. Interdisziplinarität, das große Stichwort. Daten aus den Silos befreien heißt auch, dass Menschen besser zusammenarbeiten können.

Die **Vorsitzende:** Sie hätten noch Zeit für eine Rückfrage, bitte.

Abg. Emily Vontz (SPD): Perfekt. Sie haben ja auch eben nochmal in Ihren Ausführungen angesprochen, dass es jetzt den Smart City Stufenplan gibt, dass er erarbeitet wird. Ich glaube, da hat Herr Rohwer vielleicht eine andere zeitliche Auffassung als wir.

Die ersten Sitzungen haben ja schon stattgefunden, der Antrag kommt jetzt, und ich habe dort noch mal gemerkt, dass es für uns als SPD besonders wichtig ist, dass die Konzepte bürgernah gestaltet sind. Das haben Sie auch gerade noch mal gesagt. Aber dass die Menschen, also nicht nur die Stakeholder, sondern auch die Menschen vor Ort, die Bürger/-innen verstehen, was jetzt eigentlich passiert und was sich ändert. Können Sie das noch einmal vielleicht ausführen, wie das genau gestaltet werden kann. Also: Welche Funktionen kann die App haben? Wie kann das wirklich gelingen, dass die Transparenz, die eben auch angesprochen wurde, erreicht wird?

Prof. Dr. Gesa Ziemer (HCU): Wir haben ja damit begonnen, den Stufenplan zu diskutieren, was ich sehr gut fand. Die großen Themen im Stufenplan sind Skalierung, Wissenstransfer, kommunale Souveränität, Standards und Datenplattformen. Nur dass man vielleicht einfach nochmal hört, wie breit das Spektrum ist, das wir gerade diskutieren. Dieses Thema Bürger- und Bürgerinnennähe ist absolut zentral. Wir sprechen ja immer von People-Centered Smart Cities, auch in der UN, in vielen internationalen Gremien. Das ist ganz sicher ein Anker, den man, glaube ich, auch in all den Statements hier gehört und gelesen hat, die unterschiedlichste Perspektiven abgegeben haben. Das halte ich für sehr wichtig.

Ein Thema vielleicht noch, was da hineinspielt: das Thema Diversität. Wenn wir über Daten, Repräsentationen sprechen, neigen solche Tools sehr schnell zu Normierung und auch zu Ausschluss von bestimmten sozialen Gruppen. Wir müssen

ganz doll aufpassen, dass die Daten divers repräsentiert sind. Das erreichen wir natürlich auch damit, dass wir Bürgerinnen und Bürger aktiv einbinden, weil die generieren ja eben auch Daten. Die werden ja nicht nur abgefragt zu ihren Ideen, die sie haben, sondern die generieren Daten. Das, was wir Civic Science nennen, das ist ein großer Forschungsbereich, den es in den USA seit den 70er Jahren gibt. Das ist etwas, an dem wir auch sehr aktiv arbeiten, damit wir eine diverse Datenrepräsentanz haben, inklusive Menschen mit Behinderungen und so weiter. Da wissen wir sehr wenig über Mobilität. Wie sich zum Beispiel jemand mit dem Rollstuhl durch die Stadt bewegt. Es ist aber total wichtig, wenn wir eine integrative Stadtentwicklung betreiben wollen.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Dann erteile ich jetzt das Wort Herrn Bernhard.

Abg. Marc Bernhard (AfD): Danke, Frau Vorsitzende. Es gibt jetzt, seit 15. September, diese neue Digitalstrategie, die diesen Stufenplan vorschlägt. Ich will darauf hinweisen, dass unser Antrag beispielsweise aus dem Februar ist, der von der Union aus dem April. Es ist ja gut, dass es diesen Stufenplan gibt, das geht auch in die Richtung, die wir fordern. Wir fordern natürlich in unserem Antrag mehr. Wir wollen natürlich einen Nationalen Aktionsplan Smart City haben. Aber gut, der Stufenplan geht auf jeden Fall schon mal in die richtige Richtung. Vor allem ist uns wichtig, dass jetzt auch der zweite Punkt berücksichtigt wird, nämlich dass es auch darum gehen soll, wie eine vernetzte und digitale, souveräne Gesellschaft überhaupt aussehen soll, und wie es möglich ist, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Das muss ja das Entscheidende sein.

Da hätte ich jetzt einfach mal so ein paar Fragen an Herrn Handschuh. In Ihrem Gutachten führen Sie aus, dass die derzeitige Koordinierungs- und Transferstelle des Bundes die Erfahrungen aus den 73 Modellprojekten nicht in die Fläche ausrollen kann und deswegen ein Smart-City-Kompetenz-Center wünschenswert wäre. Könnten Sie das noch mal genauer erläutern? Warum können die das nicht ausrollen? Was wäre jetzt der große Vorteil dieses Kompetenzzentrums? Warum könnte das das dann tun?

Die nächste Frage an Sie wäre, Sie verbinden ja so ein Smart-City-Kompetenzzentrum in Ihrem Gutachten mit den Themen Datenschutz, Sicherheit, Transparenz bei eingesetzten Werkzeugen, digitale Souveränität und Unabhängigkeit von einzelnen Anbietern. Warum ist das so wichtig? Können Sie das noch mal erläutern, warum das so wichtig ist?

Die letzte Frage: Ihr Gutachten betont die dienende Rolle der Technik und spricht davon, dass Digitalisierung kein Selbstzweck ist. Das ist auch unsere Meinung. Aber wie kann aus Ihrer Sicht eine souveräne Stadt-Digitalisierung unterschiedlicher Geschwindigkeiten und Schwerpunkte am besten umgesetzt werden?

Die **Vorsitzende:** Herr Handschuh, bitte.

Alexander Handschuh (DStGB): Vielen Dank. Ich habe versucht, das alles mitzuschreiben und versuche das auch zu beantworten. Zu dem Thema KTS/Kompetenzzentrum, und warum kann KTS das aus meiner Sicht nicht abbilden.

Ich glaube, man muss zwei Dinge berücksichtigen. Die Modellprojekte sind auf relativ lange Zeit angelegt. Viele gehen jetzt erst aus der Strategieentwicklung in die Umsetzung, das heißt erst im Laufe der Umsetzung werden dort Erkenntnisse anfallen. Zum zweiten ist die KTS ausgeschrieben worden als Koordinierungs- und Transferstelle für die Modellprojekte Smart Cities, aber eben nicht in erster Linie, um das Wissen in die Fläche zu bringen, sondern eben als Koordinierungs- und Transferstelle.

Transfer spielte eine Rolle, aber ich glaube, wenn man die Dinge, die wir schon länger diskutieren, was ein Kompetenzzentrum umfassen sollte, mit rein nimmt, wäre sie tatsächlich zu schmal und zu gering dimensioniert. Da geht es dann um die Punkte, die Sie gerade angesprochen haben. Ich will mal versuchen, die Perspektive ein wenig zu wechseln. Es gibt sehr viele Kommunen, die am Anfang der Digitalisierung stehen und es gibt sehr viele Unternehmen, auch marktgetrieben, die gehen auf die Kommunen zu und sagen, setzt dieses und jenes ein. Es herrscht große Unsicherheit im Hinblick auf die Basiskriterien, die ich definiert habe. Also: Ist das datenschutzrechtlich Konform? Kann ich das hinterher kombinieren? Ist es skalierbar? Gerate ich in Abhängigkeiten, in sogenannte Lock-in-Effekte, weil es eben nicht kombinierbar ist? Dafür brauchen wir eine eigene Basisberatung, die es ermöglicht, Dinge – ich habe von einer Positivliste gesprochen – die einfach einzusetzen sind und dann auch nach einem Baukastenprinzip hinterher zusammen kombinierbar sind. Da kann der Staat zeigen, er definiert – oder Staatlichkeit, Bund, Län-

der und Kommunen – Anforderungen an die Technik, die erfüllt sein müssen. Dann gibt es eine Positivliste, das erleichtert die Nachnutzung und die Nutzung von Technik zum Wohle der Menschen.

Die letzte Frage, die Sie genannt haben. Natürlich geht es darum, dass immer nur technische Werkzeuge eingesetzt werden, um Ziele zu erreichen, die wir in Stadtentwicklung oder in Gemeindeentwicklung ohnehin schon haben. Es ist völlig klar, dass Technik nur das Werkzeug sein kann, um diese Ziele zu erreichen. Aber, und das unterscheidet Smart City von Stadtentwicklung, die Technik ermöglicht eben auf Datenbasis Dinge zu vernetzen, die wir bisher nicht vernetzen konnten, und dadurch Potenziale zu heben zum Wohle der Menschen vor Ort, die wir bisher nicht haben heben können. Jetzt schaffe ich es fünf Sekunden vor der Zeit und danke Ihnen nochmal für die Frage.

Die **Vorsitzende:** Wunderbar. Frau Liebert, bitte.

Abg. Anja Liebert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende und vielen Dank an alle, die heute hier sind und dazu beitragen, dass wir uns mit dem Thema noch intensiver auseinandersetzen und uns ihm nähern können.

Meine Frage richtet sich an Herrn Heß, zum Stufenplan, der aktuell in Arbeit ist. Welche Erwartungen, welche Zielvorgaben haben Sie an so einen Stufenplan? Denn wir brauchen einen guten Orientierungsrahmen für alle Kommunen. Wir wollen natürlich auch, dass Wissenstransfer möglich und die Übertragbarkeit der Projekte sichergestellt ist. Da wäre es spannend zu wissen, haben Sie Ideen, wie wir das jetzt, in der Arbeit an dem Stufenplan, in einem vernünftigen Rahmen abbilden können? Danke.

Die **Vorsitzende:** Herr Heß, Sie haben das Wort.

Steffen Heß (IESE): Wenn ich Wünsche an einen Stufenplan haben darf, bin ich auf jeden Fall einverstanden mit den grundsätzlichen Inhalten, die dort aktuell definiert sind. Ich würde mir wünschen, dass man es schafft, im Rahmen der Erarbeitung des Stufenplans konkret zu werden und konkrete Inhalte, die auch für Kommunen umsetzbar sind – idealerweise priorisiert – darzustellen, weil Kommunen häufig vor dem Einsatz der Ressourcenfrage stehen und eine Anleitung brauchen, welche Dinge prioritär zu behandeln sind. Auch wenn das hart ist und vielleicht ein Teilergebnis ist, dass Dinge mit weniger hoher Priorität gemacht werden müssen. Ich wünsche mir dahingehend nicht nur einen Plan, im Sinne von einem Inhaltsplan, sondern auch ein Umsetzungsplan, der, einfach gesprochen, so etwas wie Sprints oder Umsetzungszeiträume definiert, in denen gewisse Ziele erreicht werden sollen, der aber auch die Möglichkeit bietet, sich agil zu entwickeln, als Plan. Wir sind in einer Welt, wo insbesondere Big Tech, aber auch die Politik sich sehr stark und schnell ändern und ich deswegen aktuell nicht dazu raten kann, einen sehr umfassenden großen statischen Plan zu entwickeln, der dann, keine Ahnung, mit Fünfjahreszeitraum durchgeführt wird, sondern das muss agil sein, das muss änderbar sein. Ergebnisse müssen auch evaluiert werden und es muss neu priorisiert werden, in einem Rahmen der durchaus sinnvoll aktuell vorgeschlagene Themenfelder.

Die **Vorsitzende:** Sie haben noch ein bisschen Zeit

Abg. Anja Liebert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Ansonsten würde ich vielleicht noch eine andere Frage stellen, vielleicht an Frau Dr. Ziemer.

Für welche Themenfelder würden Sie Smart-City-Strategien empfehlen, die einen besonderen Mehrwert haben? Es wurde hier schon an verschiedenen Stellen angesprochen: Warum machen wir das Ganze? Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern das Leben in der Kommune erleichtern. Wir wollen, dass sie mitmachen können. Aus grüner Perspektive denke ich natürlich an Nachhaltigkeitsthemen, Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung, vernetzte Mobilität. Haben Sie da bestimmte Themenfelder, wo Sie das Gefühl haben, das hat einen besonders hohen Mehrwert für die Menschen, die dann wirklich auch in dieser Smart City oder Smart Region leben?

Prof. Dr. Gesa Ziemer (HCU): Ja, das ist eine gute Frage. Aus meiner Erfahrung arbeiten wir nach den Bedürfnissen der Städte. Die kommen zu uns und sagen, könnt ihr eine Software bauen für das und das Thema, oder könnt ihr uns vernetzen in dem und dem Thema. Ganz klar, vernetzte Mobilität ist das Topthema in der Stadtentwicklung. Es ist so, die Autos müssen raus aus den Innenstädten und wir müssen Alternativen finden.

Dann, ein ganz großes Thema war die Gesundheit in den letzten Jahren, bedingt durch Corona und die Folgen, weil Gesundheit betrifft ganz viele Themen.

Dann, das Thema Wohnungsbau ist weiterhin sehr brisant in sehr vielen Städten und Kommunen. Wie bauen wir Wohnungen, die sich die Menschen leisten können, damit sie nicht rausziehen müssen?

Dann das Thema Bürgerbeteiligung. Demokratieerhalt nenne ich das mal. Wie schaffen wir es, transparent miteinander zu sprechen? Ich nenne das immer so ein bisschen Antipopulismus-Programme, die wir machen. Wir versuchen tatsächlich, die Leute zusammenzubringen und dialogorientiert zu arbeiten, damit diese Extremmeinungen nicht so aufeinandertreffen, damit man auch erklärt, eine Stadt ist komplex und es ist nicht einfach, eine Lösung dafür zu finden, 40 000 Geflüchtete innerhalb von vier Monaten in einer Stadt unterzubringen. Das ist total kompliziert. Wenn man dann aber gemeinsam durch so einen Prozess geht, dann steigt die Akzeptanz. Dieses Thema Demokratieerhalt finde ich ganz wichtig, was wir mit unseren Tools eben auch bearbeiten.

Es gibt bestimmt noch viel mehr Themen, aber das sind so die vier, die mir in den Sinn kommen, die stark diskutiert werden.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Frau Lay, bitte.

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Vielen Dank, auch von meiner Seite, an alle Sachverständigen für die Beiträge zu einem wirklich wichtigen Zukunftsthema.

Meine erste Frage geht an Herrn Palmetshofer. Sie beschäftigen sich mit Fragen von Datenerhebung, Datenverwertung, den Zugang dazu und wer sie nutzen kann. Deswegen wäre meine Frage an Sie, was Datensouveränität in dem Kontext von Smart Cities für Sie bedeutet und was passieren muss, um dahin zu kommen.

Die **Vorsitzende:** Herr Palmetshofer, bitte.

Walter Palmetshofer (CityLAB): Danke für die Frage. Ich glaube, es ist wichtig, zu verstehen, dass es mehrere Ebenen gibt. Da ist einmal eine technische Ebene, und dann gibt es eine politische Ebene. Dann stellt sich die Frage: Ist die politische Ebene gewollt? Als konkretes Beispiel, was in Berlin war. Wir haben ausländische Anbieter, sei es im Verkehrssektor oder am Wohnungsmarkt, die sowohl einen Einfluss auf die Stadt haben, die Daten auf physikalischer Ebene generieren für Berlin, und die Stadt Berlin die Daten nicht zurückbekommt, obwohl die wichtig sind für die Stadtplanung. Das wäre aus meiner Sicht eine Souveränitätsfrage. Wieso kann der Datenrückfluss nicht gewährleistet werden, wenn das notwendig für die Gesellschaft ist? Wir agieren hier mit Akteuren, die von der Zeit, von der Geschwindigkeit, um Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, den politischen Akteuren voraus sind, die in dem Zusammenhang dann noch in dem Geschäftsmodell quasi eine Steuer einheben und die weg transferieren. Das heißt, wir haben einen Wirtschaftsverlust, wo man aufgrund von Economies of Scale nicht mithalten kann. Das heißt, die ganzen kleinen Start-up-Klitschen in Berlin können dort nicht mithalten. Das wäre der politische Ansatz.

Dann kommt der technische Ansatz und was das ansatzweise bedeuten würde. Diese Ebene ersetzt die Hardware, was wir vorher besprochen haben, mit Glasfaser, ganz banal, weil da ist Berlin auch noch ausbaufähig, bis zu dem, wie kommen Daten rein in die Stadt, wie werden die Daten dargestellt. Wie werden die im Data Management auch wieder zur Verfügung gestellt? Das betrifft nicht nur die Bürger, dass die einen transparenteren Staat haben, sondern da geht es auch darum, dass die Verwaltungen selber aktiver und besser werden können, weil sie erst einmal Daten haben. Wir reden dann quasi über den Zustand der Daten. Mit Glück bekommt man ein PDF, das ist nicht maschinenlesbar, das heißt, man bräuchte im nächsten Schritt mal maschinenlesbare Daten und dann sollten die maschinenlesbaren automatisch verknüpft werden. Mit automatisch meine ich, dass die Bereitstellung der Daten automatisch erfolgt. Ich will keinen Beamten oder Verwaltungsperson damit quälen, dass die am Monatsende im Einzelschritt Daten rausknallt. Da gibt es dieses schöne Bild, das ich verwende. Wir haben jetzt in Hamburg oder in Rotterdam Häfen, die Container verschiffen. Der Container ist ein Datencontainer, der ist normiert, den knallt man wo rauf und dann segelt der rund um die Welt. Das ist die Revolution im Transport, vorher hat man das mit der Hand geschaufelt. Wir sind nicht mehr beim Handschaufeln von jedem Datenpaket in ein anderes Datenpaket. Mit diesem Ansatz, aus meiner Sicht, kann man diese sogenannte Smart City nicht ausnützen, weil das nicht skalierbar ist. Wir bräuchten das skalierbare System, damit man schaut, dass man eine Datenwirtschaft hat, damit man unabhängig wird.

Das kann aber nur funktionieren, wenn man das ansatzweise mal im Verbund macht, das heißt jetzt in deutschsprachigen Städten, auf europäischer Ebene oder darüber hinaus. Dann kann man sagen,

man kann Entscheidungen treffen, wo man weiß, woher kommen die Daten, wie ist die Datenqualität und man kann die nachtunen. Städte verwenden mittlerweile Software, wo sie dann Premium zahlen müssen, damit die Software nachgestellt werden kann, weil es Anbieter sind, die ein Modell dahinter haben. Da ist die Frage, wie weit will man noch zuschauen, dass das was verhandelt wird, die Stadt, und da bin ich bei Ihnen, das sind lange Prozesse, und für mich das Interessante ist, dass man darüber redet und darüber verhandelt, weil man nicht genau weiß, wie will man das eigentlich haben.

Die grundlegendste Sache ist, da braucht es Informationsfreiheit und den Willen der Kommunen, die Daten herauszugeben. Mit dem Verständnis, dass das Feedback da ist, dass man dann ein höheres Vertrauen hat – das ist ganz wichtig – beidseitig. Wir sind jetzt in Zeiten, wo demnächst nichts mehr was digital ist, nur realisierbar ist, weil das einfach gefaked werden könnte. Das heißt, die Kommunen kriegen wahrscheinlich eine wichtigere Rolle, weil das der nächste Ankerpunkt ist, wo ich jemandem vertrauen kann und diesen Layer, diesen Fluss von Daten muss ich absichern können. Das geht halt nur mit einer offenen, transparenten Kommunikation. Dann kann ich diesen ganzen Stack drauf bauen, an Ebenen, die es braucht für die Verwaltungen. Dahin sollte aus meiner Sicht die Reise gehen und ich hoffe, da sind wir uns einig, dass wir Interoperabilität, Datensouveränität, offene Standards, das sind alles Schlagworte, die seit 20 Jahren oder länger draußen sind. Sie werden leider nicht umgesetzt, weil es politisch nicht gewollt ist.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Herr Föst, bitte.

Abg. Daniel Föst (FDP): Vielen Dank. Völlig unabhängig welche Partei wann welchen Antrag gestellt hat, was ja auch tatsächlich völlig unerheblich für die Bürgerinnen und Bürger ist, finde ich es gut, dass wir heute darüber diskutieren, denn wie man allen Experten anmerkt, und ich finde auch allen anwesenden Fraktionen, ist das Thema Smart City ein wichtiges Thema und dass wir dadurch Synergien heben können, die wir momentan liegen lassen ohne Milliarden in die Infrastruktur zu investieren.

Ich hätte eine Reihe von Fragen, ich schau mal, dass ich es kurz halte, an Herrn Pfefferle von Bitkom. Wir haben ja gesagt, schon im Koalitionsvertrag, wir entwickeln den Stufenplan Smart City weiter. Bis jetzt haben wir tatsächlich wenig darüber diskutiert, was das für Stufen sind. Also wenn ich sage, ich sitze auf dem Stufenplan, dann gehe ich ja anscheinend eine Treppe hoch und da wäre meine Frage an Sie, welche Stufen müssen wir da definieren, oder braucht es gar keine Stufen, sondern eher, sagen wir mal so ein Laufband wie am Flughafen, das alles verteilt? Das wäre eine Frage.

Zweiter Punkt: Sie hatten das Thema Open Source angesprochen. Ich habe tatsächlich manchmal das Gefühl, dass Kommunen so viel Angst haben vor Software aus Unternehmen, das sie alles noch mal neu machen. Ich weiß das jetzt nicht direkt im Kontext Open Source, aber es geht ein bisschen in diese Richtung. Haben wir Vorteile bei Open Source? Was sind die Nachteile? Es ist natürlich eine starke politische Forderung, vorzugeben Open Source zu haben, oder stehen wir uns da im Weg?

Dann dritte und letzte Frage. Wir haben jetzt diesen Beirat. Also, das darf ich, glaube ich, vielleicht erwähnen, Bitkom ist Mitglied in diesem Beirat. Thematisiert der Beirat, aus Ihrer Sicht, die richtigen Punkte? Funktioniert das Format so, wie wir das aufgesetzt haben?

Die **Vorsitzende:** Herr Pfefferle, bitte.

Michael Pfefferle (Smart City & Mobility, Bitkom e. V.): Dankeschön für diese ganze Reihe an Fragen.

Ich beginne direkt mit diesem Thema: Wie arbeitet der Beirat? Funktioniert der Beirat? Der Beirat arbeitet momentan so, dass er die Erstellung des Stufenplans eigentlich an eine Arbeitsgruppe delegiert hat, der gehöre auch ich an, die sich durch Vertreterinnen und Vertretern des Bundesbauministeriums, der Wirtschaft, einigen Bundesländern, aber auch der hier angehörenden Fraktionen der Bundesregierung zusammensetzt. Momentan ist es so, diese Arbeitsgruppe hat bisher in der vergangenen Woche einmal getagt. Da ist es momentan so, dass man noch nicht sagen kann, dass es sich um ein eingespieltes Verfahren handelt, möchte ich so sagen. Eines jedoch steht fest. Es sitzen tatsächlich die entscheidenden Personen oder entscheidenden Player am Tisch. Das ist tatsächlich sehr relevant, wenn man genau diesen Stufenplan diskutieren möchte. Denn die große Herausforderung für den Bund ist es, das es fast unmöglich ist bei dieser Fülle an Beteiligten von 11 000 Kommunen, Forschung, Wissenschaft und Wirtschaft, alle gleichberechtigt an den Tisch zu holen. Von daher, muss an sagen, ist das schon mal ein großer Unterschied

oder ein großer Fortschritt für Deutschland, das dieses Gremium so zusammengesetzt ist, dass es in einer Größe ist, dass man auch tatsächlich richtig darin arbeiten kann.

Wie sollte, aus unserer Sicht, diese Arbeitsgruppe arbeiten? Aus unserer Sicht ist Schritt eins: Das Bundesministerium für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung hat für sich definiert, der Stufenplan wird abgeleitet von Erkenntnissen der Smart City Modellprojekte. Aber diese Erkenntnisse liegen uns als Arbeitsgruppe eigentlich noch nicht in der ganzen Fülle und Breite vor. Das ist aus meiner Sicht der erste Schritt, der jetzt in den nächsten Wochen und Monaten tatsächlich stattfinden muss. Wir müssen in der Fachcommunity wissen: Wo stehen die Modellprojekte Smart City? Was sind die Kernerkenntnisse, und zwar nicht nur mit Blick auf die Stadtentwicklung, sondern vor allem auch mit Blick auf die Technologie? Man muss sich immer wieder über eines im Klaren sein, es gibt zwar die Koordinierungs- und Transferstelle, die die Städte bei der digitalen Stadtentwicklung unterstützt, aber Stadtentwicklung ist eine Kernkompetenz von Städten seit 2 000 Jahren, dafür braucht es keine KTS, sondern die entscheidende Frage bei der KTS oder bei den MPSC ist, wo steht die Technologie und was stellen wir wirklich in diesen Städten fest, in der Masse, in diesen 600 einzelnen Projekten, wo Technologie erfolgreich angewendet wird und wo sie vielleicht schon skalieren kann? Das sind für uns zum Beispiel, als Wirtschaft, aber auch für die anderen Beteiligten, die essenziellen Fragen.

Die zweite Frage war: Was sind die Treppen? Aus meiner Sicht werden wir in diesem Gremium keinen operativen Stufenplan für Kommunen erstellen können, den ich mir morgens in meiner Leiterrunde heraushole und abarbeiten kann als Bürgermeister. Wir brauchen aber andere Stufen in Deutschland und das sind politische Stufen, die dieser Stufenplan abarbeiten muss. Ich möchte hier nur mal einzelne Punkte nennen. Man kann diesen Stufenplan dazu verwenden, um ein klares Statement zu Papier zu bringen, wie Bund und Länder zusammenarbeiten sollten, ein klares Statement, dass man sich für Technologieanwendung und Nachnutzung ausspricht, in den nächsten Jahren, und nicht wieder davon ausgehen möchte, dass Produkte, die der Markt schon längst zur Verfügung stellt, neu entwickelt werden. Oder man könnte auch mal ein klares Statement fassen und bei der Entwicklung eines Marktplatzes voranschreiten.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Wir haben jetzt einen aktuellen Stand. Die namentliche Abstimmung ist noch mal um circa fünf Minuten nach hinten gegangen. Wir haben die Möglichkeit, wir ziehen jetzt durch und dampfen die Runde auf drei Minuten ein, oder ich unterbreche jetzt bis circa fünf nach.

Durchziehen? Dann würde ich sagen, dann starten wir. Herr Rohwer, Sie sind dran. Dann machen wir es jetzt in drei Minuten. Also bitte kurze Fragen.

Abg. Lars Rohwer (CDU/CSU): Ja, ich versuche es sehr gerne und ich möchte noch mal an Professor Noennig anschließen.

Sie haben so ein bisschen darauf hingewiesen, dass wir Fachkräfte brauchen. Meine Frage ist, wie und wo werden die notwendigen Wissens- und Planungsgrundlagen geschaffen, die für die fundierte Ausbildung der absehbar notwendigen Smart City Experten notwendig sind?

Die zweite Frage geht dann an Herrn Heß vom Fraunhofer Institut. Sie haben vorhin ein paar Anforderungsprofile an den Stufenplan angesprochen. Ich möchte aber noch mal nachfragen, weil Sie auch in Ihrem Gutachten schreiben, dass es viele Kompetenzzentren gibt und dass Sie es ablehnen, noch mal alles Wissen neu zu erarbeiten. Also, sehen Sie den Bedarf für ein Kompetenzzentrum, was sinnvoll bündelt? Wenn Sie es nicht sehen, warum nicht?

Die **Vorsitzende:** Herr Professor Noennig zuerst.

Prof. Dr.-Ing. Jörg Noennig (HCU): Ich denke, die allererste Ressource, wo das Wissen für Smart City entstehen wird, sind die Modellprojekte. Da wird ein enormer Wissens- und Erfahrungsschatz aufgebaut. Der muss gehoben werden, das wird die KTS alleine nicht schaffen, das werden die Projekte alleine nicht schaffen, die sind anders strukturiert, in der Verantwortung der Kommune. Hier müsste in geeigneter Weise tatsächlich auch die Wissenschaft eingeklinkt werden. Nicht sehr viele der Modellprojekte werden wissenschaftlich begleitet, aber ich denke, da ist tatsächlich eine große Goldader an Smart-City-Wissen zu heben. Die sollten wir dann tatsächlich schürfen und dann auch in die Anwendung und in die Verteilung bringen. Der große Personalbedarf wird dann tatsächlich nicht nur in den laufenden Modellprojektstädten entstehen, sondern in den Hunderten von Kommunen, wenn nicht Tausenden, die ja danach folgen sollen, in die das dann skaliert werden muss. Wo diese vielen

Personen, die das entsprechende Wissen brauchen, dann ausgebildet werden, wie die ausgebildet werden, darüber sollten wir intensiv nachdenken.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Herr Heß, bitte.

Steffen Heß (IESE): Vielen Dank. Also, um das klar zu sagen, ich sehe den Bedarf an einem Kompetenzzentrum, absolut. Die Frage ist: Was ist ein Kompetenzzentrum? Ich sehe hier vor mir eine kleine agile Einheit, auch mit einem eigenen Team in einem begrenzten Maß, was in erster Linie Lücken stopft, was in erster Linie auch die angesprochenen koordinativen Fähigkeiten zwischen Bundes- und Landesförderung einnimmt, dass verschiedenste dezentral existierende Kompetenzzentren sichtbar macht, deren Wissen bündelt und, ja, wenn man so will, zentrale Anlaufstelle wird. In der Technisprache würde man sagen, dass es eine Middleware ist zu den ganzen existierenden Dingen, so dass man als Kommune dann einen klaren Weg hat, wo man hingeht und dort wird einem geholfen. Wie gesagt, es gibt eben sehr viel, und ich glaube, das muss einfach gut kuratiert werden und dafür halte ich ein Smart-City-Kompetenzzentrum, wo auch immer das dann angesiedelt ist, für sehr sinnvoll, wenn man es mit dem Mandat ausstattet, auch das Ausfüllen zu können, wofür es da ist.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Frau Vontz, bitte.

Abg. Emily Vontz (SPD): Herr Kammer, wir haben gerade schon sehr oft darüber gesprochen, dass es eine funktionierende Dateninfrastruktur gibt, damit Städte und Regionen smart werden können. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme von der deutschen Verwaltungscloud, die das Ziel hat, Cloud-Services unter der Wahrung von digitaler Souveränität der öffentlichen Verwaltung deutschlandweit zu ermöglichen. Können Sie uns einmal sagen, wie der aktuelle Stand ist? Bis 2024 soll diese umfassend verfügbar sein. Wie realistisch ist das? Was brauchen Sie vielleicht noch von uns als Bund?

Die **Vorsitzende:** Herr Kammer, bitte.

Matthias Kammer (govdigital eG): Die deutsche Verwaltungscloud ist eine Initiative von Bund und Ländern, die im IT-Planungsrat erörtert und diskutiert wird, und die zurzeit in einer Spezifikation auf dem Tisch liegt, an der so viele Leute mitgearbeitet haben, dass für die Umsetzung dieser Spezifikation jetzt einmal tief Luft geholt werden muss und man sie einfach praktisch wieder neu aufsetzen muss. Deswegen ist es wichtig, dass der IT-Planungsrat einen Auftrag erteilt, damit diese deutsche Verwaltungscloud verwirklicht wird. Das wird hoffentlich in den nächsten Wochen und Monaten geschehen. Das wird gerade vorbereitet. Wir haben dazu ein Angebot abgegeben, um das dann auch mit den IT-Dienstleistern in Deutschland auf die Reihe zu bringen. Die Chance, die darin liegt, ist, dass wir tatsächlich eine Möglichkeit haben, an der Software, die es jetzt hier überall gibt, anzusetzen, um zu gucken, ob die Cloud fähig ist, damit sie tatsächlich dann auch in einer solchen Cloud zum Laufen gebracht werden können. Dann muss sich nicht jeder wieder darum kümmern, wie er sein Produkt in die Gänge kriegt, sondern man kann es tatsächlich in vorhandenen Strukturen, die dafür jetzt aufgebaut werden müssen, aus der Hand geben und sagen, kümmert ihr euch jetzt darum, damit wir das dann beziehen können. Das ist aber eine große Aufgabe, die darf man nicht unterschätzen, weil wir in der Art und Weise, wie wir in Deutschland IT betreiben, ganz viele Akteure haben, die plötzlich merken, jetzt müssen wir uns mal zurückziehen, denn so eine Cloud braucht dann nicht mehr ganz so viele Akteure, sondern es müssen ganz viele bereit sein, diese Cloud dann auch für sich zu nutzen. Wir müssen auch daran arbeiten, dass die Kommunen eine Chance haben, diese Cloud zu entdecken, zu erkennen und für sich darin einen Nutzen zu sehen. Das wird eine ganz große Herausforderung.

Hier will ich noch mal eine deutliche Lanze brechen für alles das, was keine Städte sind, das, was wir jetzt hier vielleicht unter der Überschrift Smart Region zusammenfassen könnten. Kleinere Einheiten, Kommunen, die haben überhaupt keine Stäbe, die jetzt in irgendeiner Weise großartig daran arbeiten können, etwas umzusetzen. Die sind sehr darauf angewiesen, dass es ihnen sehr konfektioniert begegnet und da sind noch sehr viele Transferleistungen zu erbringen, damit eine Chance besteht, dass die auch einen großen Schritt nach vorne machen können. Ich kann mich gut erinnern an das Projekt, was wir zusammen in Rheinland-Pfalz hatten, digitale Dörfer. Wenn man dann sieht, was ein Bürgermeister dort leisten muss und mit wem er das machen kann, der braucht eigentlich irgendeinen Koffer, den er in die Hand gedrückt kriegt, hier ist alles drin, was ich zur Umsetzung brauche. Das würde ich mir natürlich wünschen, dass an diese vielen Stellen, die jetzt an Kompetenz entstehen könnten, solche Anforderungen herangetragen werden.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Herr Bernhard, bitte.

Abg. Marc Bernhard (AfD): Danke, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht an Professor Noennig, und zwar Folgendes: Sie beschreiben in Ihrer Stellungnahme, dass das Besondere in Deutschland ist, an Smart City, dass es eben nicht nur technologisch sondern auch nachhaltigkeits- und gemeinwohlorientiert gedacht sei. Sie führen aus, dass Smart City made in Germany, sozusagen, was Besonderes sein könnte, führen aber auch aus, dass es bisher nicht gelungen sei. Vielleicht können Sie noch mal ausführen, warum das der Fall ist.

Die zweite Frage ist: Es sind ja immer noch die Ängste im Raum, wie lässt sich in einer Stadt, Ihrer Meinung nach, digitalisieren ohne Überwachung, Datenmissbrauch und freiheitsbeschneidende Automatisierung zu realisieren? Denn das sind quasi die Sorgen, die die Menschen haben. Was passiert dann mit meinen Daten? Das wären die Fragen.

Die **Vorsitzende:** Herr Professor Noennig.

Prof. Dr.-Ing. Jörg Noennig (HCU): Aktivitäten gibt es viele und das ist auch toll, dass die kuratiert und zusammengeführt werden, zum Beispiel über die KTS und über das Modellprojekt. Die Schwierigkeit ist sicherlich ein Narrativ zu entwickeln, was auf der einen Seite nicht zu technikverliebt ist. Natürlich sind die Smart-City-Diskurse zu einem großen Teil auch technologiegetrieben, auf der anderen Seite haben wir die pralle Komplexität der Stadtentwicklung. Wer sich einmal mit integrierten Stadtentwicklungskonzepten befasst hat, weiß, dass diese extrem sperrig, extrem langwierig und extrem inhaltsreich sind und in dieser Kombination wird das ganze Thema Stadtentwicklung digital natürlich sehr schwierig zu vermitteln, sehr schwierig zu kommunizieren sein. Das, denke ich, ist eine Hauptaufgabe, dass wir vielleicht auch mit Blick auf die Initiativen, die in den anderen Ländern, in der EU, in Indien, in Japan, Korea, in den USA, stattgefunden haben, versuchen, das herauszuschälen. Ich hatte das Beispiel der Industrie 4.0 als ein erfolgreiches Beispiel genannt, ein Narrativ zu formulieren, was auf der einen Seite in der Industrie, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft Werte schöpft. Auf der anderen Seite aber dann tatsächlich auch vermittelbar, greifbar und fassbar ist. Wenn uns das gelingt, haben wir, glaube ich, viele Unterstützungen sicher für die Weiterentwicklung und auch für die Implementierung von Smart-City-Lösungen. Der Vertrauensaufbau gegenüber diesen Lösungen, das wurde schon diskutiert, also die Transparenz in den Datenbereitstellungen, in den Datenhaltungen dann aber auch eine Klarheit in die, ich nenne es immer, datengetriebenen Wertschöpfungsprozesse. Für wen und wie entstehen eigentlich gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische Mehrwerte? Wenn diese Wertschöpfungsprozesse und dann auch die Gewinne, die da erzielt werden können, klar dargestellt und kommuniziert werden können, denke ich, haben wir viel Unterstützung sicher.

Die **Vorsitzende:** Dankeschön. Frau Liebert, bitte.

Abg. Anja Liebert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Ich möchte meine Frage an Frau Janßen richten, die ja die Erfahrungen aus den Städten bündelt, sammelt und kennt. Zum einen wäre für mich das Thema Evaluation des Förderprogramms in den MPSC interessant. Gibt es bestimmte Parameter oder Zielgrößen, wie die Evaluierung dieser verschiedenen Programme gemessen werden könnte, damit wir eine Vergleichbarkeit haben? Denn Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, wir wollen nicht nur Leuchttürme, wir wollen ein Lichtermeer an Projekten haben.

Damit im Zusammenhang auch noch mal das Thema, am Anfang gab es ja viel Kritik, dass die Fördermittel nicht schnell genug abfließen, aber mittlerweile sind die Modellprojekte stärker in der Umsetzungsphase. Sehen Sie es so, dass diese Anfangshürde, dass die Kommunen die Mittel nicht abrufen, dass das überwunden ist, oder gibt es da noch weiterhin Hemmnisse? Danke.

Die **Vorsitzende:** Frau Janßen.

Frauke Janßen (DST): Vielen Dank für die Frage. Vielleicht erst mal zum Thema Evaluation. Das ist nicht ganz so einfach zu beantworten, weil wir im Grunde natürlich einerseits unsere Erfahrungen haben, die wir in verschiedenen Kontexten in unseren Fachausschüssen, in unseren Arbeitskreisen austauschen. Wir haben damals, mit Blick auf dieses Förderprogramm, aber auch mit dem, was wir aus Ländern kennen, ein Forderungspapier erarbeitet was fünf Forderungen enthält. Das ist einmal, dass es einen ebenenübergreifenden Plattformansatz gibt, dass man sich erst mal auf ein Ökosystem verständigt und vor allem auf verbindliche Standards. Das ist heute schon sehr oft gefallen. Ganz generell haben wir nicht nur hier, bei der Förderung, sondern immer wieder das Problem, dass wir eigentlich flexibler sein müssen, dass wir bestimmte Dinge nicht fördern können. Gerade wenn wir über Personal reden, oder, was ich vorhin

schon erwähnte, Open Source, nicht nur in Anführungsstrichen reinzuschreiben, sondern hinterlegen mit einer Umsetzungsstrategie. Unser großes Problem, ganz generell, ist, dass wir dadurch immer wieder ganz viel Ressourcenverlust haben, dass wir an verschiedenen Stellen dieselben Dinge machen. Auch das wurde schon mehrmals erwähnt. Und da braucht es, aus unserer Sicht, viel mehr Fokus darauf, Informationen strukturiert auszutauschen und auch mit einer Zuständigkeit zu versehen. Also zu sagen, jemand hat den Hut dafür auf, dass man koordiniert, wie solche Informationen gesammelt werden.

Vielleicht noch ganz kurz zum Mittelabfluss. Ich glaube, das ist ein Klassiker und hat damit zu tun, dass das oft nicht in Zeitschienen passt, also auch in Zeitspannen von den politischen Prozessen in den Kommunen selbst.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Frau Lay, bitte.

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Vielen Dank. Drei Minuten sind sehr kurz. Vielleicht an Sie, Herr Palmetshofer: Vom Konkreten ins Allgemeine, wo sehen Sie den Bund eigentlich generell beim Thema Smart Cities? Beziehungsweise was können wir als Bundestagsabgeordnete, was kann der Bund tun, um die Potenziale besser auszuschöpfen?

Die **Vorsitzende:** Herr Palmetshofer.

Walter Palmetshofer (CityLAB): Ich glaube, das Beispiel und die Möglichkeit, was vorher besprochen worden ist, wäre Veranschaulichung.

Es gibt in Deutschland nur ein paar Städte, die überhaupt den Namen Smart City tragen können, weil sie überhaupt die Leute dazu haben. Andere Städte, nur zur Information, haben Data Scientists Units mit 200 Leuten. Das gibt es in Deutschland nicht. Diese Städte, die diesen Titel tragen können, wären dafür verantwortlich, dass sie diese Softwareteile oder Programme den mittleren Städten zur Verfügung stellen, damit die diese Jobs übernehmen können. Aber rein von der Software, Infrastruktur, der Ausbildung damit dann langfristig auch die kleine Dorfgemeinde irgendwann dann auch ein Kuchenstück davon kriegt, nämlich in dem Prozess vom Lernen und von den Softwareteilen.

Was die Abgeordneten machen können, das ist vorangehen. Wir reden jetzt seit Jahrzehnten über Digitalisierung, und das Digitalisierungswissen ist leider noch immer ausbaufähig. Wir haben in Berlin zum Beispiel kein Transparenzgesetz, was Grundlage für Smart Cities, meiner Meinung nach, wäre. Wir sind bei der Open Data Direktive und anderen Prozessen hinten. Da heißt es, vorangehen und das Beispiel vorleben. Da geht es auch dann rund, wie der Kollege wahrscheinlich dann sagt, wer braucht die Wirtschaft, braucht die was? Das ist eine Standortfrage. Das muss man auch so sehen. Da ist ein enormes Potenzial. Wenn wir den Kulturwandel als Möglichkeit sehen, dass man sagt, ist vielleicht nicht ganz perfekt. Man schaut sich einmal die Sachen von anderen Regionen ab, man kopiert das einfach. Das Schöne im Digitalen, da fällt keine Krone raus, da sagt man: Das läuft besser, da haben sie über etwas nachgedacht, ich kopiere das und setze es selber um. Dann kann man schauen, wo man dann hinkommt. Wir haben ein Thema in Smart City, über das keiner spricht, das ist der große Elefant im Raum, das sind die SDGs. Eines der SDG Ziele ist die CO_2-Reduktion. Das ist eine bombastisch große Herausforderung, wo keiner weiß, wie die Prozente runterpurzeln sollen in den Zeiträumen, was wir bewerkstelligen sollten.

Kurz noch, weil die Zeit ausläuft. Helsinki hat eine Datenstrategie, die sehr gut ist. Von LA kann man sich die ganze Verkehrsplanung mit Daten anschauen. Die sind da um Jahre voraus. Barcelona hat sich überlegt: Wie kann die Stadt, das Betriebssystem gedanklich funktionieren? Kann man sich auch mal anschauen, vielleicht kriegt man anderen Blickwinkel dazu. Wie kann man das dann umsetzen? Dann im Verbund sehe ich sehr wohl die Chancen, dass die Städte in Deutschland, sagen wir mal, die Ideen von Hansestädten, die sich um Daten kümmern, gemeinsam vorantreiben.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank. Herr Föst, bitte.

Abg. Daniel Föst (FDP): Ich kann es kurz machen, weil ich habe das Gefühl, dass er Pfefferle in seinen Ausführungen vorhin unterbrochen wurde. Wenn Sie die zu Ende führen würden und vielleicht noch mal das Thema Open Source, Open Data beleuchten.

Weil ich es wirklich sehr relevant finde: Der Blick über die Landesgrenzen hinaus, das ist ja tatsächlich ein Thema, das wir zu wenig beachten. Was haben andere bereits vorgelegt? Auch außerhalb Deutschlands. Wenn Sie das noch mal beleuchten könnten.

Die **Vorsitzende:** Herr Pfefferle, bitte.

Michael Pfefferle (Smart City & Mobility, Bitkom e. V.): Sehr gerne. Sie fragten mich ja, über die Landesgrenzen hinauszudenken. Hier vielleicht ein kleiner Hinweis. Der Bund unterhält ja seit ungefähr zwei Jahren das Projekt Gaia-X. Da gibt es unter anderem auch eine Domäne Smart Cities, Smart Region, und die engagierteste Kommune in dieser Domäne ist die Stadt Wien. Keine deutsche Kommune, sondern Vorreiter in Sachen Smart City, in Europa, ist unter anderem Wien, aber auch Kopenhagen oder Helsinki. Der Kollege hat gerade schon angesprochen, woran das liegt.

Aber lassen Sie mich noch mal auf das Thema Open Source eingehen. Sie haben zu Recht dargelegt, dass viele Kommunen den Wunsch nach Open Source haben, und das ist auch tatsächlich sehr nachvollziehbar. Zunächst muss man aber noch mal ganz kurz nachvollziehen oder verdeutlichen, warum dieser Wunsch besteht. Im Grunde genommen besteht nicht einfach der Wunsch nach Open Source, sondern eigentlich nach Datenübertragbarkeit, Interoperabilität und Unabhängigkeit gegenüber Anbietern. Das Entscheidende ist aber, dass im Grunde genommen sowohl Open Source als auch proprietäre Lösungen Vor- und Nachteile haben, aber auch genau auf diese Punkte eingehen können. Also das, was ich gerade sagte, zum Beispiel Datenübertragbarkeit, das kann mit offenen Standards, durch Interoperabilität, wenn man sie mit den Dienstleistern festhält, auch bei proprietären Lösungen möglich sein. Entscheidend ist: Was heißt das jetzt für Open Source? Open Source bedeutet erstmal, dass man eine lizenzfreie Software hat. Man hat eine gewisse Community dabei, die diese Software erstellt hat. Es ist also kein, sage ich mal, reguläres Lizenzgeschäft, wie man das normalerweise von IT-Unternehmen kennt. Es ist daher eine Unabhängigkeit vorhanden für die Kommune, was den Lizenzherausgeber angeht, weil es den eben nicht gibt. Es hat aber häufig auch eine technische hohe Sicherheitsrate, also häufig werden technische Lücken sehr schnell in der Öffentlichkeit oder in der Fachcommunity diskutiert. Das führt häufig dazu, dass Open-Source-Anwendungen in keiner Weise hinter proprietären Lösungen stehen, was zum Beispiel Sicherheitsanforderungen oder was die Qualität angeht. Das Problem bei Open-Source-Anwendungen ist, dass sie im Grunde genommen nicht für jede Kommune wirklich attraktiv sind, aus meiner Sicht, sondern sie sind ebenso wie proprietäre Lösungen auch Teil des Marktes sind. Jede Kommune muss für sich entscheiden, ob sie damit gehen will oder nicht. Denn bei Open Source kann eine Abhängigkeit bestehen, zum Beispiel gegenüber der Community, die diese Software weiterentwickeln muss. Letztendlich ist es so, zwar kostet es im ersten Moment kein Geld, diese Lizenz oder die Software zu beschaffen, aber letztendlich muss diese Anwendung gehostet werden. Schnittstellen müssen programmiert werden. Auch hier ist es erforderlich, dass man mit Unternehmen zusammenarbeitet. Egal ob man proprietär arbeitet oder Open Source, letztendlich brauchen Kommunen dafür die entscheidenden finanziellen Mittel.

Die **Vorsitzende:** Herzlichen Dank.

Damit wären wir am Ende unserer heutigen öffentlichen Anhörung. Ich danke Ihnen als allererstes für Ihr Kommen, für Ihre Stellungnahmen. Aber ich danke auch allen für die Disziplin, die Sitzung heute so durchzuführen.

Ich habe Sie leider ein bisschen durch diese Sitzung treiben müssen. Das ist normalerweise nicht unsere Art, das ist der namentlichen Abstimmung geschuldet, die wir normalerweise mittwochs nicht machen. Es geht hier aber um ein Irakmandat für die Bundeswehr. Insofern bitte ich Sie um Entschuldigung und ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Tag.

Die Sitzung ist geschlossen. Danke schön.

Schluss der Sitzung: 17:46 Uhr

Sandra Weeser, MdB
Vorsitzende